

Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Mythos #1

Corona ist ein Gleichmacher

So manche/r sah zu Pandemiebeginn ein neues Gemeinschaftsgefühl heraufziehen. Das Empfinden der Verwundbarkeit jeder/s Einzelnen, also die Erfahrbarkeit eines kollektiven »Gefährdungsschicksals«, sollte eine neue Solidarität begründen, die nicht wie in früheren Zeiten aus dem Kampf der Benachteiligten entsteht, sondern aus der wechselseitigen Hilfe von Gleich zu Gleich erwächst. Diese Interpretation beruhte auf dem Irrglauben, dass vor Corona alle gleich gewesen seien. Das Virus kennt keinen Stand, kein Geschlecht, keine Herkunft. Es agiert demokratisch. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck hatte so etwas schon vor über 30 Jahren vom Smog behauptet. Was aber für die mittelalterliche Pest noch zutraf und zu einer epochalen Veränderung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse führte, ist für Covid-19 vielfältig widerlegt. Zwar hatte der internationale Jetset keinen geringen Anteil an der globalen Verbreitung des Virus und musste anfangs selbst Opfer verzeichnen, die ihn aufschreckten. Doch mittlerweile greifen die Privilegien und eingespielten Abschottungsmechanismen der Reichen und Schönen auch gegen Corona. Und falls sie doch einmal versagen sollten, muss nicht um Intensivbetten und Sauerstoffflaschen gebuhlt werden.

In der Zwischenzeit wird kräftig weiterverdient. Die Coronakrise hat viele Superreiche rund um den Globus noch reicher gemacht. Die globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam zählte auf, dass die zehn reichsten Menschen der Welt ihr Vermögen zwischen Februar 2019 und Anfang 2021 trotz Pandemie um fast eine halbe Billion US-Dollar steigern konnten. Allein von diesem Gewinn könnte man Covid-Impfungen für die gesamte Menschheit bezahlen. Der jährlich erstellte *World Wealth Report* des Beratungsunternehmens Capgemini kommt zu ähnlichen

Ergebnissen. Danach wurde 2021 erstmals die Marke von 20 Millionen Millionär*innen weltweit überschritten: Die Zahl der Menschen, die über ein anlagefähiges Vermögen von mindestens einer Million US-Dollar verfügen, stieg bis 2021 um 6,3 Prozent. Capgemini rechnete vor, dass das Vermögen dieser Millionär*innen knapp 80 Billionen US-Dollar betrug. Diese Summe entspricht fast dem jährlichen Weltbruttoinlandsprodukt. Anders gerechnet: Würden sich diese Superreichen entschließen, die Staatsschulden der USA und Deutschlands zu begleichen, blieben ihnen immer noch 50 Billionen US-Dollar für ein gutes Leben übrig. Geld genug, damit sie auch in Zukunft mit ihren »Gadgets« ins Weltall fliegen können.

Auf der anderen Seite nimmt die Armut weltweit zu. UN-Schätzungen zufolge waren im ersten Coronajahr mehr als 800 Millionen Menschen unterernährt – knapp ein Zehntel der Weltbevölkerung. Bis Ende 2020 starben jeden Tag mindestens 6.000 Menschen an durch die Folgen der Coronakrise hervorgerufenem Hunger. Der Anteil der extremen Armut, also der »Habenichtse«, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen, wird sich nach Berichten der Vereinten Nationen allein 2021 fast verdoppeln. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind über 60 Prozent der weltweit Erwerbstätigen – die Mehrheit von ihnen Jugendliche und Frauen – informell beziehungsweise prekär beschäftigt, also von sozialer Sicherung, von Unterstützungsprogrammen wie Arbeitslosen- oder Krankengeld ausgeschlossen. Sie haben auch keinen Zugang zu Krediten. Für sie bedeutet Covid-19 dramatische Einkommensverluste, sozialen Abstieg, Wohnungsnot und Hunger. Mehr als die Hälfte der gesamten Menschheit ist heute nur einen Schritt von solcher Misere entfernt. Schlechte Ernährung, beengte Wohnverhältnisse und mangelhafte medizinische Versorgung begünstigen gleichzeitig eine rasche Ausbreitung des Virus.

Seien es die Millionen indischer oder chinesischer Wanderarbeiter*innen, die Bewohner*innen brasilianischer Favelas oder südafrikanischer Townships – zu oft litten und leiden Menschen nicht nur an Covid-19, sondern an den Folgen von Lockdowns. In vielen Ländern verschärft die todbringende Verbindung von Armut und Infektionsgeschehen gleichzeitig die Diskriminierung und den Ausschluss von Minderheiten. Als

in den USA deutlich wurde, dass das Virus vor allem Menschen in prekären Lebensverhältnissen und somit Afroamerikaner*innen, Latino/as und andere Arme und Schutzlose dahinraffte, wurde die Wirtschaft rasch wieder hochgefahren. In diesen Gruppen wütet Corona besonders heftig. In Brasilien sabotiert(e) der Präsident Jair Messias Bolsonaro jegliche Maßnahmen des Seuchenschutzes und gefährdet damit bis heute vor allem die schwarze und indigene Bevölkerung. In Brasilien ist die Wahrscheinlichkeit, an Covid-19 zu sterben, für Schwarze um 40 Prozent höher als für Weiße.

In Deutschland wurden und werden die sozialen Auswirkungen der Krise zwar durch zahlreiche staatliche Unterstützungsleistungen abgemildert. Dennoch bestätigen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes 2021: Jeder vierte Haushalt in Deutschland hat aufgrund der Pandemie Einkommensverluste erlitten. Krisenbedingte Geldnot haben am häufigsten Alleinerziehende (25 Prozent), Selbstständige (20 Prozent) und Mini-jobber*innen, zumeist Frauen, die keinen Anspruch auf Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld haben. Viele unserer »Coronahelden« gehören zum untersten Einkommensdrittel. Fast jede/r Sechste lebt hierzulande unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Von diesen ärmsten Deutschen wiederum sind über 40 Prozent bedroht, dauerhaft in die Armut abzurutschen.

Auch bei uns provoziert die Verbindung von Armut und Infektionsgeschehen zunehmend eine ethnische Schieflage. Eine Studie der Universität Erlangen-Nürnberg zeigt, dass die Diskriminierung von Migrant*innen seit der Coronakrise spürbar zugenommen hat. Bei der Suche nach »Sündenböcken« für die Ausbreitung des Virus oder eine verschlechterte wirtschaftliche Lage werden oft Nachkommen von Eingewanderten, (Arbeits-) Migrant*innen und Geflüchtete zur Zielscheibe. Vergessen wird hingegen, dass in Deutschland gut 20 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund eine treibende und erfolgreiche Kraft der deutschen Start-up-Szene sind – die Gründer*innen des Impfstoffherstellers BioNTech sind ein leuchtendes Beispiel.

Auch in Deutschland gilt: Nicht das Virus, sondern die Armut ist das größte Gesundheitsrisiko. Geringverdienende, Migrant*innen, Niedrigqualifizierte oder Alleinerziehende sind deutlich stärker von der Infek-

tionsgefahr, von schweren Verläufen und vom Tod betroffen. Bereits 2020 zeigten erste Studien, dass das Risiko für Hartz-IV-Empfänger*innen, schwer an Covid-19 zu erkranken, über 80 Prozent höher ist als für regulär Beschäftigte. 2021 dokumentierte eine große Studie der Universität Mainz, was viele ahnten, worüber aber lange niemand sprach: Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status – also mit geringerer Bildung, weniger Einkommen oder beengten Wohnverhältnissen – sind am stärksten von Infektionen betroffen. Nicht die Vernachlässigung hygienischer Standards, sondern die insgesamt schlechteren Lebensverhältnisse erhöhen die Möglichkeit einer Ansteckung.

Covid-19 wird in Deutschland somit zum Beschleuniger einer ganz anderen Problematik: Armut frisst sich in ganze Regionen ein, wird immer stärker feminisiert und erblich. Die fleißige Tellerwäscherin kann bei uns nicht mehr zur Millionärin werden. Sie bedient vielleicht eine Geschirrspülmaschine. Sie wird aber weiter als Putzkraft bezahlt und ist dank Schwarzarbeit nicht sozialversichert.

Weltweit sind Frauen von der Pandemie am schwersten betroffen. Also genau die Gruppe, die den Laden am Laufen hält. Seien es Krankenhäuser und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, die Bedienung der Supermarktkassen. Meist sind es Frauen, die uns betreuen und versorgen. Frauen sind beruflich auch in den Branchen überrepräsentiert, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind, wie zum Beispiel in der Pflege, im Tourismus, in der Unterhaltungsbranche oder der Gastronomie.

In Ländern mit niedrigem Einkommen arbeiten über 90 Prozent der Frauen in informellen, gefährlichen oder unsicheren Verhältnissen. Weltweit sind rund 740 Millionen Frauen in der informellen Wirtschaft tätig. Mit den Lockdowns rund um die Welt hat sich für viele von ihnen das sowieso schon karge Einkommen halbiert. Schon bei uns erhöht die Pandemie den Existenzdruck besonders für schlecht entlohnte Frauen und alleinerziehende Mütter. In vielen anderen Ländern stellt sich hingegen die Frage, ob man an Hunger oder am Virus sterben wird. Ob in Deutschland, Europa, den USA oder Indien: Zahlreiche Studien belegen, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Seuche Frauen viel stärker als Männer aus der Arbeitswelt verdrängen, Karrierechancen vernichten und jahr-

zehntelange Fortschritte in der Beteiligung am Erwerbsleben zunichtemachen. Zusätzlich hat Gewalt gegen Frauen erkennbar zugenommen.

Der Bericht *Das Ungleichheitsvirus* von Oxfam thematisierte 2021 diesen Zusammenhang zwischen Corona und Ungleichheit im internationalen Maßstab – auch für Deutschland. In einer Umfrage unter 295 renommierten Wirtschaftswissenschaftler*innen aus 79 Ländern erwarteten 87 Prozent der Befragten, dass die Einkommensungleichheit in ihrem Land als Folge der Pandemie (stark) zunehmen wird. Die Hälfte aller Befragten äußerte die Ansicht, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern (sehr) wahrscheinlich ansteigen wird, und mehr als zwei Drittel gingen davon aus, dass auch die Ungleichheitsrisiken für ethnische Minderheiten größer werden. Bemerkenswert ist, dass zwei Drittel der befragten Ökonomen*innen meinten, ihre Regierung habe keine Strategie zur Bekämpfung der Ungleichheit.

In Deutschland versuchte die Politik zwar, die von der Pandemie verursachte soziale Tragik, die menschliche Isolation, fehlende Betreuungsangebote oder schrumpfendes Einkommen über finanzielle Transfers materiell abzufedern. Aber so nivelliert, wie sich die Politiker*innen ihre Gesellschaft vorstellen, waren und sind auch ihre Maßnahmen: Es regiert das Gießkannenprinzip, ohne dass berücksichtigt wird, dass das Virus sehr unterschiedlich unter den Menschen wütet. Auch von den Medien wurde dies zu wenig wahrgenommen. Nur langsam sickerte in das öffentliche Bewusstsein ein, dass die Intensivstationen von überdurchschnittlich vielen Armen und sozial Benachteiligten überquollen. Doch solange die Pandemiebekämpfung nicht berücksichtigt, welche Lebenswelten von der Infektion besonders betroffen sind beziehungsweise geschützt werden müssten, wird sie weiterhin mit schweren Rückschlägen zu kämpfen haben. Die Pandemie ist erst vorbei, wenn sie überall und für alle vorbei ist. Und die nächste Krise wird weniger tief greifend sein, wenn der Graben zwischen Arm und Reich nicht größer, sondern kleiner geworden ist.

Erster Schritt: Die Ungleichheit nicht mehr töten lassen

Covid-19 zum Gleichmacher zu stilisieren ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Es schwächt die Idee einer gerechten Gesellschaft, ein wichtiges Fundament für die Beschwörung von »Zusammenhalt«. Warum soll ich bei der Pandemiebekämpfung mitziehen, wenn ich selbst betroffen bin, andere aber mehr unterstützt werden? Warum soll ich mich impfen lassen? Die Rede von der Gleichmacherei des Virus, der ungebrochene Glaube an die nivellierte Gesellschaft ist zugleich eine Bankrotterklärung derer, die unsere Gesellschaft erforschen. Sie zeigt, dass bei uns immer noch nicht genug über soziale Unterschiede nachgedacht wird.

Mehrheitlich hängen wir der überkommenen Vorstellung an, eine nivellierte, also an- und ausgeglichene Mittelstandsgesellschaft zu sein, wie sie vom Soziologen Helmut Schelsky bereits in den 1950er-Jahren diagnostiziert wurde. Danach kann bei uns jede/r mit genug Einsatz und Hingabe aufsteigen. Die Bedeutung des sogenannten meritokratischen Prinzips, also des Grundsatzes von Belohnung und Bestenauslese durch Arbeit und Leistung, wie ihn der Volksmund mit seiner Redewendung »vom Tellerwäscher zum Millionär« veranschaulicht, begann in Deutschland spätestens nach dem Mauerfall zu erodieren. Leistungsgerechtigkeit verliert seit der Jahrhundertwende rasant an Bedeutung, wie zahlreiche Studien für Deutschland, aber auch weltweit belegen. Der sechste *Armuts- und Reichtumsbericht* der Bundesregierung von 2021 dokumentiert, dass es in Deutschland zu einer fortschreitenden Polarisierung der sozialen Lagen gekommen ist. Oben und unten, großer Reichtum und tiefe Armut haben sich seit den 1980er-Jahren verdoppelt. Und Armut vererbt sich. Wer arm geboren wird, kann sie heute kaum mehr hinter sich lassen. Die soziale Aufwärtsmobilität lässt nach – auch für die Mittelschicht. »Haste was, biste was« ist der alte, neue Grundsatz unserer Gesellschaft. Dennoch lügen wir uns alle – auch die Ärmsten – weiter in die Tasche und beteuern, dass wir Mittelschicht sind. Das meritokratische Prinzip wirkt auch umgekehrt: Armut wird stigmatisiert als Leistungsunwilligkeit, Faulheit, Unfähigkeit, »Losertum«. Da deklariert man sich lieber zur goldenen Mitte, auch wenn

das knappe Einkommen nie reicht, die eigenen Talente zu entfalten. Von der Doktrin des Leistungsprinzips profitieren hingegen viele derjenigen, die am wenigsten leisten: die Hälfte der reichsten Deutschen, die ihr Vermögen nicht über Arbeit errungen, sondern geerbt haben. Und so viel besitzen, dass sie ganz ohne Eigenleistung ihr Leben lang von Zinsen, Dividenden oder Aktiengewinnen leben können.

Die Lebenslüge einer nivellierten Gesellschaft bestimmt ungebrochen unser Denken und Handeln, unsere persönliche Verortung. Sie ist eine zentrale Referenz der Politik. Und wenn dieses rein imaginäre Narrativ einmal Risse bekommt, folgt statt Ursachenanalyse zu oft die Beschwörung von Heimat, Volk oder Nation. Einheit durch Ausschluss ist bei uns genauso wie woanders eine gern präsentierte Antwort auf soziale Krisen. Dies zeigte sich deutlich im Umgang mit der Pandemie. Da wurde das vermeintlich grenzenlose Europa blitzschnell nach Nationalitäten abgeschottet. Später beim Impfen herrschte vielerorts »my country first«, obwohl jede/r wissen sollte, dass es in der Pandemie keine Inseln gibt und selbst ein durchgeimpftes Europa kein Ende der Seuche garantiert.

Um Covid-19 effektiv zu bekämpfen, bedarf es einer klaren Anerkennung der sozialen Dimensionen der Pandemie. Deutschland tut sich damit weiterhin schwer. Zuckerbrot und Peitsche, Forderungen nach Vergünstigungen für Geimpfte oder nach einer Impfpflicht für alle sind nicht gerade kluge Antworten auf Impfskepsis und -müdigkeit. In den USA gibt es neuerdings Versuche, Armut und Migrationsstatus als gleichberechtigte Risikofaktoren neben hohem Alter anzuerkennen – und betroffene Gruppen bevorzugt zu impfen. Wir brauchen eine Impfstrategie, die aufklärt, Sprachbarrieren und Religionspraktiken anerkennt und die Impfung niedrigschwellig zu den Menschen und in die Wohnviertel bringt. TV-Spots zur besten Sendezeit, verständlich aufbereitete Informationsmaterialien in den sozialen Medien, mobile Impfteams in Kaufhäusern, Universitäten, in sozialen Brennpunkten und Impfen in Kirchen und Moscheen sind der richtige Ansatz, werden aber nicht engagiert genug umgesetzt. Und wo ist der Präventivschutz für diejenigen, die aufgrund prekärer Lebens-, Wohn- oder Arbeitsbedingungen besonders gefährdet sind? Das immer wieder aufflackernde Infektionsgeschehen in Fleischfabriken oder unter

Saisonarbeiter*innen in der Landwirtschaft mahnt zusätzlich, dass bei den Arbeitsbedingungen endlich soziale und hygienische Standards effektiv verbessert werden müssen.

Statt weiter auf Herdenimmunität zu setzen, sollten wir intensiv darüber nachdenken, dass unsere Gesellschaft keine einheitliche Herde ist. Wir müssen anerkennen, dass wir keine Mittelschichtgesellschaft mehr sind. Debattieren, ob wir das soziale Auseinanderdriften begrüßen oder stoppen und gar umkehren wollen. Prüfen, wo wir selbst stehen, was wir uns für uns und unsere Liebsten wünschen. Es gilt anzuerkennen, dass wir mit unserem Wunsch nach einem guten Leben für unsere Kinder viel zu häufig eine Besitzstandswahrung verfolgen, die vor allem den Topverdienern und großen Vermögen nützt, unseren Kindern aber dauerhaft die Chancen auf eine nachhaltige Zukunft verbaut. Und zu begreifen, dass Gut- und Besserverdienende zu beständig einen Eigentumschauvinismus vertreten, der vielleicht heute individuell Sicherheit gibt, aber so überzogen ist, dass er unsere Kinder morgen in den Abgrund stürzt. Hat Corona nicht auch den Gutsituierten gezeigt, dass es sich lohnt, mal zu entspannen, sich zurückzulehnen, das Vorhandene zu genießen und zu überlegen, ob das Erreichte nicht reicht? (Eine Übungsanleitung für diesen Vorschlag findet sich in Mythos #9.)

Dieser erste Schritt gibt uns die weitere Richtung vor: Mehr sozialen Zusammenhalt, mehr Teilhabe, mehr Leistungsgerechtigkeit, mehr Daseinsvorsorge, mehr gutes Leben für alle und – mehr Gleichheit wagen!

Die wichtigsten Leitplanken für diesen Auftakt:

- ◆ Breite öffentliche Debatten über das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft
- ◆ Mehr Daten und Wissen über Ungleichheit, Reichtum und Armut generieren
- ◆ Fokus stärker auf die Lage von Frauen richten
- ◆ Politik in die Pflicht nehmen: Vorschläge und Lösungen fordern und unterstützen, die nachweislich Ungleichheit reduzieren, Leistungsge-

rechtigkeit und Zusammenhalt stärken und Klimaschutz immer sozial verträglich denken

- ◆ Einen nationalen Coronarat einberufen, bei dem Expert*innen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen helfen, die sozialen Lagen der Pandemie zu berücksichtigen; so die nächste Coronawelle brechen; Medizin und Virologie zu einer sozialen Wissenschaft machen